Stunde pro Woche! Die Gewerkschaftler verkennen, dass die 35-Stunden-Woche von der IG-Metall in den 90er Jahren mit dem Argument erstritten wurde, man müsse bei der hohen Arbeitslosigkeit die Arbeit auf mehr Schultern verteilen, damit mehr Leute eingestellt werden können. Keine Gewerkschaft hat erkannt, dass mit der gleichen Logik jetzt in Zeiten von Arbeitskräftemangel alle etwas mehr arbeiten müssten, um das Gemeinwohl zu sichern. Aber das ist das Problem: Es will sich jeder nur noch selbst verwirklichen, doch Wohlstand braucht Solidarität und Gemeinsinn."

Dr. Hans Haußer
Trostberg

27.1.24 AMA

Lebenslanges Leid

Zum Artikel „Bistümer zahlen 1,7 Millionen an Missbrauchsopfer" vom 22. Januar:

„Im oben genannten Artikel berichtet das Erzbistum München und Freising dass es bisher 980 000 Euro an 83 Missbrauchsopfer gezahlt hat. Wagen wir mal folgende Rechnung: 980 000 Euro/83 wären ca 11 800 Euro pro Opfer. Nehmen wir weiter an, die Tat geschah im zehnten Lebensjahr eines Kindes. Dass die überwiegende Zahl der Betroffenen ihr Leben lang darunter mehr oder weniger schwer leiden, ist inzwischen unbestritten. Angenommen die Lebenserwartung beträgt 75 Jahre, das würde heißen, 65 Jahre immer wieder Probleme. 11 800 Euro/65 sind rund 181 Euro pro Jahr für erlittenes Leid. Entspricht einer monatlichen ‚Rente' von etwa 15 Euro. Eine ‚Milchmädchenrechnung'? Vielleicht. Die Bewertung überlasse ich dem geneigten Leser."

Georg Langschartner
Garching

Vorbild Österreich

Zur Rentenerhöhung um 3,5 Prozent:

„In Deutschland werden die Rentner voraussichtlich ab Juli 3,5 Prozent Rentenerhöhung erhalten. Dass das weder gerecht, geschweige sozial ausgewogen ist, sollte jedem klar sein. Die Altersbezüge in Österreich werden ab Januar 2024 um 9,7 Prozent erhöht. Außerdem werden in unserem Nachbarland 14 Renten im Jahr ausbezahlt. In Österreich wurde vor etwa 20 Jahren eine Rentenreform durchgeführt mit dem Ziel, die altersbedingten Aufwendungen zu dämpfen und gleichzeitig einen Gleichklang herzustellen zwischen den unterschiedlichen Beschäftigungsgruppen. Das Beamtentum wurde fast gänzlich abgeschafft, um die Gleichbehandlung zwischen staatlichen und anderen Arbeitenden zu ermöglichen. Auch Selbstständige sind in Österreich verpflichtet einzuzahlen. Am En-